

ULTRANET ABSCHNITT B1

Höchstspannungsleitung

Osterath – Philippsburg; Gleichstrom

Vorhaben gemäß Nr.2 der Anlage zu § 1 Abs. 1

BBPlG („Ultranet“)

Hochspannungs-Gleichstrom- Übertragungstechnik (HGÜ)

Hier:

Plan und Unterlagen nach § 21 NABEG zum Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt B1

„Punkt Wallstadt – Konverter Philippsburg“

Register 18: Kommunale Planungen und sonstige Bauvorhaben

29.04.2022 / Version 2.0

INHALT

1	KOMMUNALE PLANUNGEN UND WEITERE BAUVORHABEN	3
1.1	Bebauungsplan „Ilvesheim-Nord / Feudenheimer Straße“	3
1.2	Ilvesheim Sichelkrümme, Ortsarrondierung	5
1.3	Bauvorhaben CESI / FGH Mannheim	6
2	ZUSAMMENLEGUNG LEIMGRABEN-LANDGRABEN	7
3	ÖKOKONTOMABNAHMEN WALLDORF	8
4	FLURNEUORDNUNG BEI PLANKSTADT	8

ABBILDUNGEN

Abbildung 1: Bebauungsplan „Ilvesheim-Nord / Feudenheimer Straße“ Bestandsmast 5250/255	4
Abbildung 2: Bebauungsplan „Ilvesheim-Nord / Feudenheimer Straße“, Flurstücke 2649 bis 2650	5
Abbildung 3: Ilvesheim Sichelkrümme, Ortsarrondierung	6
Abbildung 5: Renaturierung Leimbach und Planung Vorhaben und Folgemaßnahmen	7

1 KOMMUNALE PLANUNGEN UND WEITERE BAUVORHABEN

Angesichts der gesetzlichen Verpflichtung aus § 1 Abs. 7 BauGB bei der Aufstellung von Bauleitplänen, die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen, kann davon ausgegangen werden, dass die kommunalen Planungsträger den vorhandenen Leitungsbestand als Belang einer evtl. konkurrierenden Raumnutzung erkannt und gem. § 1 Abs. 7 BauGB bei der Aufstellung ihrer Bauleitpläne berücksichtigt haben. Zudem wäre ein Bebauungsplan, der Flächen mit Bestandsanlagen anderweitig überplant, nicht vollziehbar und daher nicht erforderlich (§ 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB).

Bei der Nutzung bestehender Trassen kann folglich davon ausgegangen werden, dass eine neue abwägungserhebliche Betroffenheit der kommunalen Planungshoheit von beachtlichen Gewicht nicht gegeben ist, wenn die gegenwärtige Situation in räumlicher Hinsicht nicht erheblich verändert wird.

Das Vorhaben verläuft in weiten Teilen im bestehenden Trassenband als Ersatzneubau oder auf vorhandenen Leitungsanlagen unter Nutzung nicht belegter Traversen. Nur in einigen Teilen kommt es zu größeren Verschwenkungen oder zum Parallelneubau. Dies trifft ebenso für die Folgemaßnahmen zu. Deshalb wurde im Hinblick auf diese Bereiche gesondert geprüft, ob eine Betroffenheit von kommunalen Planungen und sonstigen Bauvorhaben gegeben ist.

1.1 BEBAUUNGSPLAN „ILVESHEIM-NORD / FEUDENHEIMER STRASSE“

Die bestehende 220-kV-Freileitung Anlage 5250 quert den Bereich des Bebauungsplans Nahversorgung Nord, Satzungsbeschluss vom 07.02.2002. Der bestehende Mast 5250/255 liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Ilvesheim-Nord / Feudenheimer Straße“ (Fassung vom 23.07.2015), der dort ein eingeschränktes Gewerbegebiet festsetzt (vergleiche Abbildung 1).

Der Maststandort liegt außerhalb der ausgewiesenen Baugrenzen. Die Fläche ist aktuell landwirtschaftlich genutzt. Der neue Mast 1190/020A wird als Ersatzneubau der 110-kV-Leitungsanlage 1190 standortgleich am Standort des rückzubauenden Mastes 5250/255 errichtet. Die örtliche Situation wird nicht maßgeblich verändert.

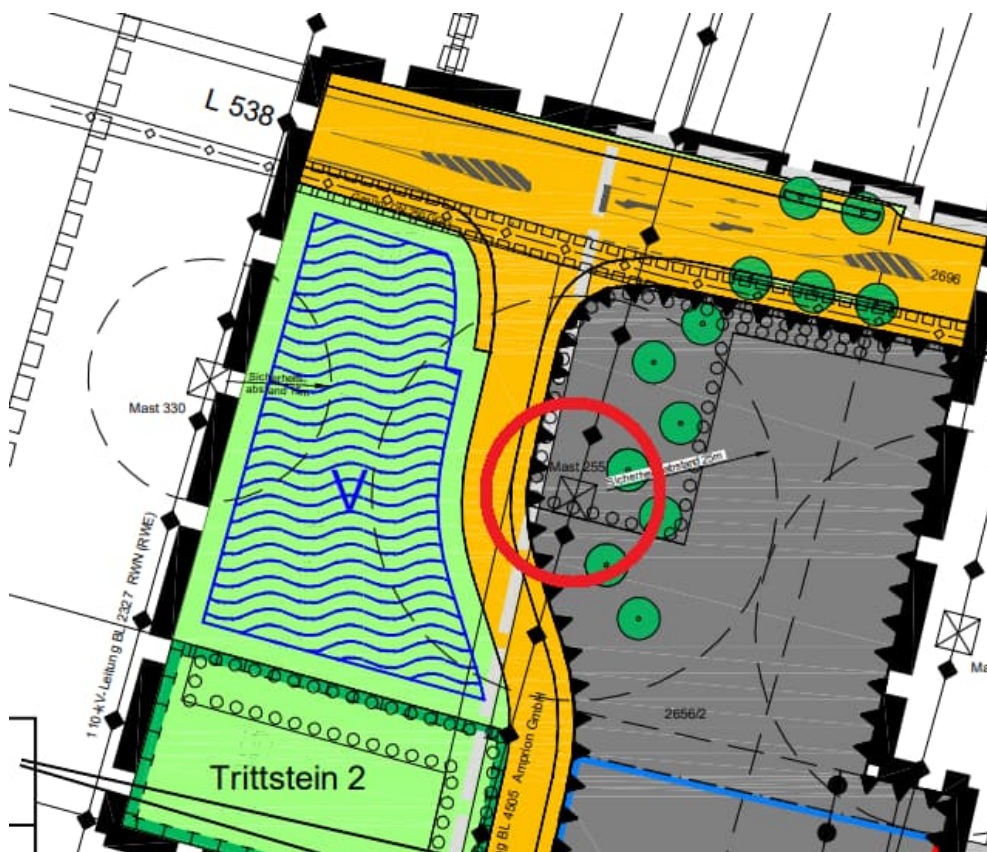


Abbildung 1: Bebauungsplan „Ilvesheim-Nord / Feudenheimer Straße“ Bestandsmast 5250/255
(roter Kreis = Mast 5250/255, zukünftiger Mast 1190,neu"/020A)

Im Jahr 2018 wurde der Bebauungsplan, der ein Gewerbegebiet vorsah, geändert und Wohnbebauung mit aufgenommen. Im Bereich Ilvesheim Baugrundstück Feudenheimer Straße Flurstück Nr. 2648, 2649, 2650, Mozartstraße 41-45, wurde die Vorhabensträgerin um Abgabe einer Stellungnahme bezüglich der geplanten Errichtung von Gebäuden zur Wohnnutzung aufgefordert (Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis mit Schreiben vom 26.02.2018). Geplant ist die Errichtung von drei Mehrfamilienwohnhäusern innerhalb der Baugrenzen (vergleiche Abbildung 2). Das Gebäude/ Mehrfamilienhaus BA 1c befindet sich nach den vorgelegten Planungen im Schutzstreifen der Freileitungsanlage 5250 (ehemals BL 4505). Im Rahmen der Beteiligung wurde geprüft, inwieweit der Errichtung der Wohngebäude zugestimmt werden kann und unter Einhaltung von Maßgaben die Zustimmung erteilt:

- / Einhaltung der geplanten Gebäudehöhe
- / Einhaltung des Mindestabstands von 5 m zu den Leiterseilen
- / Ausreichende Erdung sämtlicher metallischen Bauteile
- / Antennen, Blitzableiter u.a. dürfen über die geplante Gebäudehöhe um max. 0,5 m hinausragen
- / Im Bereich der Leitung ist die Lagerung und Verarbeitung leicht brennbarer Stoffe nur mit Zustimmung der Betreiberin zulässig
- / Einhaltung der Schutzabstände von mindestens 5 m durch Pflanzungen
- / Bereitstellung der Einmessungsunterlagen der Gebäude

Für die geplante Errichtung der Gebäude liegen Baugenehmigungen vom 25.10.2018 (Aktz. 16041058) und 16.03.2018 (Aktz. 19040959) vor. 2019 wurde ein Nachtrag zur

Baugenehmigung genehmigt. Im Januar 2021 wurde die Vorhabenträgerin über den Beginn bauvorbereitender Maßnahmen informiert.

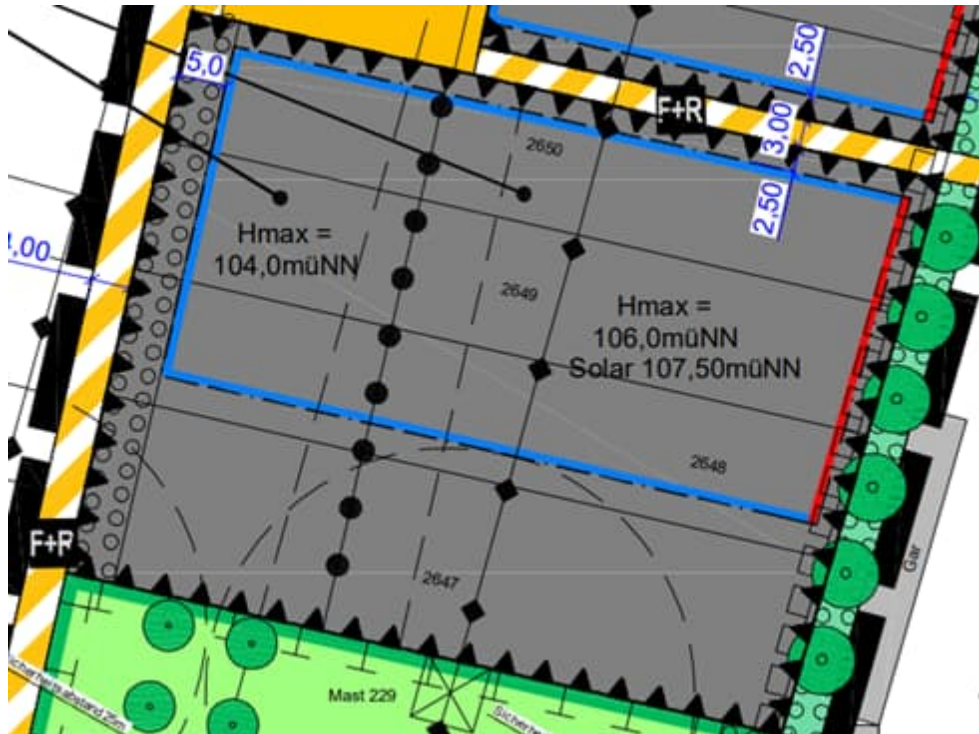


Abbildung 2: Bebauungsplan „Ilvesheim-Nord / Feudenheimer Straße“, Flurstücke 2649 bis 2650

Die Anlage 5250 wird im Rahmen der Folgemaßnahme 4 zurückgebaut und an deren Stelle die 110-kV-Anlage 1190,neu“ (Folgemaßnahme 5) errichtet. Die Wohngebäude liegen damit zukünftig im Bereich des Schutzstreifens der neuen Anlage 1190,neu“.

Unter Einhaltung oben genannter Maßgaben der TransnetBW GmbH, die für die Errichtung der Gebäude im Schutzstreifen der Anlage 5250 formuliert wurden, kommt es auch bei der Anlage 1190,neu“ zu keinen Auswirkungen auf den Betrieb der Leitungsanlage.

Andererseits ergeben sich durch die Reduktion der Spannungsebene von 220 kV auf 110 kV gegenüber der Bestandssituation keine nachteiligen Auswirkungen auf die zukünftig in den geplanten Wohngebäuden wohnenden Menschen, vielmehr ergibt sich eine Verminderung der Schallemissionen und der elektromagnetischen Felder gegenüber dem derzeitigen Zustand. Die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen werden eingehalten (vergleiche Schallgutachten Register 9.4, EMF-Gutachten Register 9.1 und 9.2).

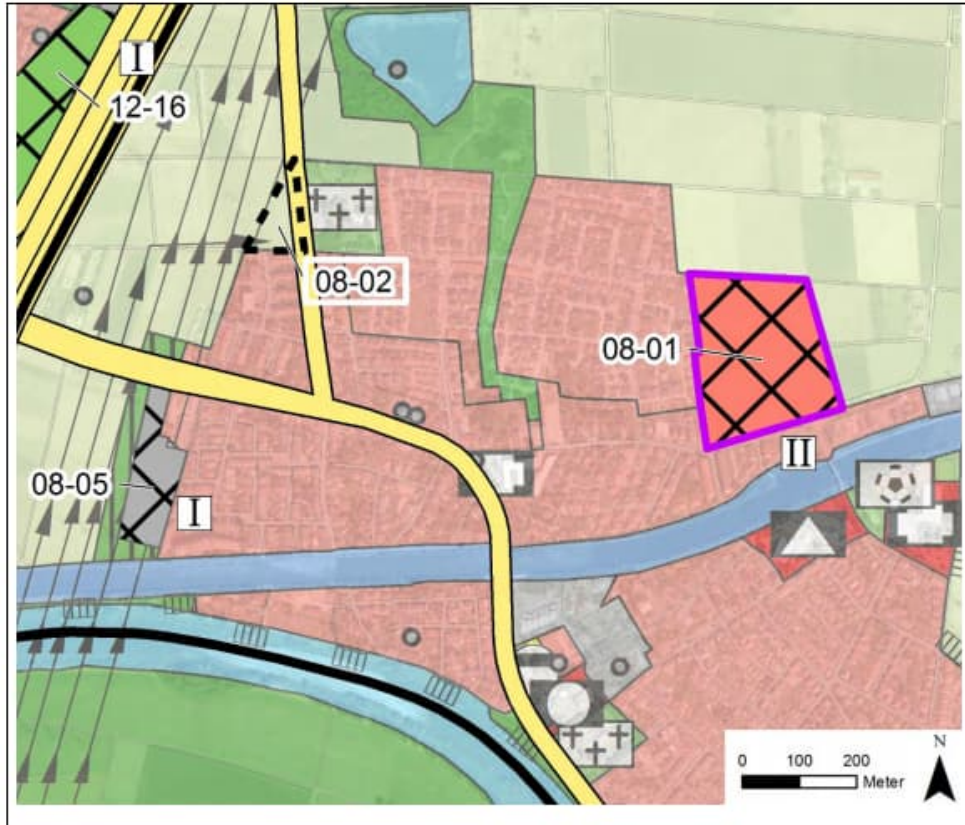
1.2 ILVESHEIM SICHELKRÜMME, ORTSARRONDIERUNG

Darüber hinaus gibt es im nord-östlichen Bereich von Ilvesheim, im Bereich der Kreuzung Lindenfelder Straße / Wallstadter Straße Bestrebungen einer Ortsarrondierung durch den Bau von Wohngebäuden. Die Fläche wird in der Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplan Ilvesheim Stand Januar 2018 als Alternative (Nr. 08-02) dargestellt, in der zukünftig eine Wohnnutzung erfolgen kann. Eine weitere Konkretisierung liegt jedoch bislang nicht vor (vergleiche Abbildung 3).

In dem Bereich befindet sich der 110-kV-Mast 1190/022 der Netze BW. Im Rahmen der Folgemaßnahme 5 wird dieser aus statischen Gründen als standortgleicher Ersatzneubau neu errichtet. An der bestehenden Lage des Mastes wird nichts verändert, so dass die

räumliche Situation vor Ort unverändert bleibt (vergleiche Register 3.2.2 Blatt 8). Der Schutzstreifen verändert sich in seiner Ausdehnung nicht. Die Leitung wird auch weiterhin als 110-kV-Anlage von der Netze BW GmbH betrieben werden.

: Ilvesheim Sichelkrümme, Ortsarrondierung



Flächengröße in Hektar	3,6 ha	Die Fläche ist bisher als Fläche für die Landwirtschaft im Flächennutzungsplan enthalten. Zukünftig kann an dieser Stelle eine Wohnbaufläche dargestellt werden. Sie ist aus städtebaulicher Sicht für eine zukünftige Wohnnutzung gut geeignet. Aus Sicht der Umweltbelange ist sie geeignet.
Derzeitige Nutzung	Landwirtschaft	
Aktuelle Darstellung FNP	Landwirtschaft	
Neue FNP-Darstellung	Wohnbaufläche	

Abbildung 3: Ilvesheim Sichelkrümme, Ortsarrondierung

1.3 BAUVORHABEN CESI / FGH MANNHEIM

Die CESI S.p.A. (hier: FGH Engineering & Test GmbH) planen am Standort Mannheim, Hallenweg 40 (westlich des UW Rheinau) die Errichtung einer Hochspannungshalle mit einer Grundfläche von 40 m x 80 m und einer Höhe von 40 m. Der Bereich ist durch den Bebauungsplan 85/7 vom 14.03.1969 überplant. Die Vorhabenträgerin wurde von der CESI und im Mai 2019 von der Stadt Mannheim im Rahmen eines Antrags auf Bauvorbescheid gemäß § 57 LBO beteiligt. Die Vorhabenträgerin hat sich frühzeitig mit der CESI abgestimmt und aufgezeigt, welche Abstände durch die CESI zu den geplanten Freileitungsanlagen zukünftig einzuhalten sind. Bei Berücksichtigung der zukünftigen Schutzabstände stehen die Planungen der CESI einer Errichtung der Anlagen 7220 (Vorhaben) und 7601 (Folgebemaßnahme 9) nicht entgegen.

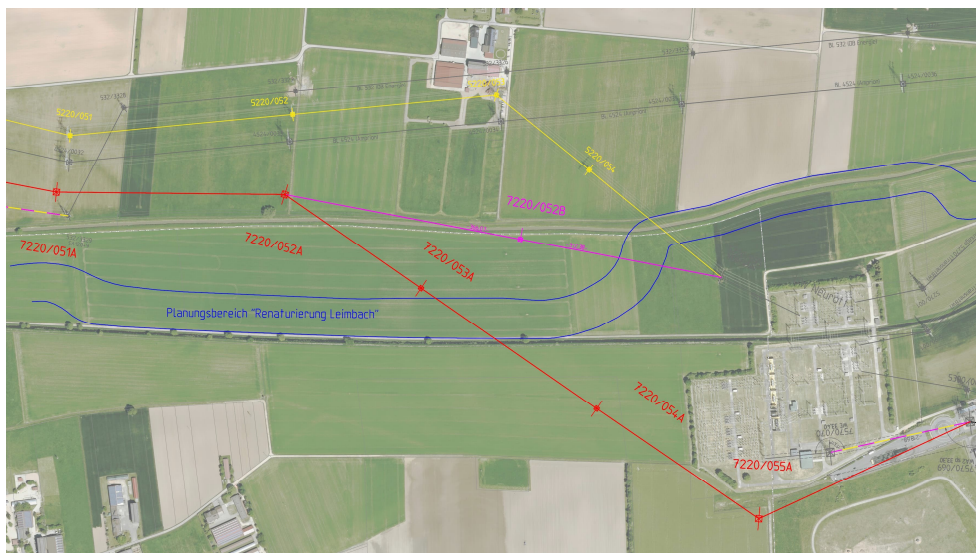
Daraufhin wurden die Planungen von der CESI aktualisiert und mit einem überarbeiteten Plan mit Datum vom 11.04.2019 vorgelegt, der die zukünftig einzuhaltenden Abstände berücksichtigt. Mit Bauvorbescheid der Stadt Mannheim vom 26.06.2019 (Aktz. 20181528/60.34-CB) wurde die baurechtliche Zulässigkeit der Planung der CESI bestätigt. Im Rahmen des Bauvorbescheids wurde die Stellungnahme und Planung der Vorhabenträgerin als Nebenbestimmung aufgenommen. Im Ergebnis sind das Vorhaben und Folgemaßnahme 9 mit dem Vorhaben der CESI vereinbar.

2 ZUSAMMENLEGUNG LEIMGRABEN-LANDGRABEN

Das Regierungspräsidium Karlsruhe plant die "Zusammenlegung Leimbach-Landgraben" zwischen Sandhausen, Umspannwerk Neurott und Oftersheim. Der Landgraben und Leimbach verlaufen im Bereich des Umspannwerk Neurott. Westlich und südlich des Umspannwerks wird die Anlage 7220 neu errichtet.

Das Renaturierungsprojekt umfasst einen 4,7 Kilometer langen Abschnitt des Landesgewässers Leimbach. Die beiden Fließgewässer Leimbach und Landgraben liegen auf den Gemeindegebieten Oftersheim, Sandhausen und Heidelberg. Sie sind naturfern ausgebaut und fließen in unterschiedlicher Höhenlage geradlinig parallel nebeneinander. Das Gewässerbett des Leimbachs ist zudem beidseitig von Dämmen begrenzt. Das Projekt befindet sich in der Genehmigungsplanung. Laut dem planenden Referat 53.1 des Regierungspräsidiums Karlsruhe sollen im Sommer 2022 die Planfeststellungsunterlagen eingereicht werden. Mit dem Bau könnte etwa 2 Jahre nach Vorliegen der Genehmigung gerechnet werden.

Die Renaturierungsmaßnahme wurde mit Planungsstands vom 03.09.2019 bei der Trassierung der Leitungsanlage 7220 berücksichtigt. Ein Überprüfung der Planung der Renaturierungsmaßnahme vom 09.2021 durch die Vorhabenträgerin ergab einen unveränderten Verlauf, das heißt die Trassierung ist aktuell.



Geobasisdaten © Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg, www.lgl-bw.de

Abbildung 4: Renaturierung Leimbach und Planung Vorhaben und Folgemaßnahmen

Das Spannfeld zwischen den Masten 7220/053A und 7220/054A ist rund 325 m lang, so dass zwischen diesen Masten ausreichend Platz für eine naturnahe Gestaltung des Bachs möglich ist und die Planungen miteinander vereinbar sind (Abbildung 4). Dies wurde auch bei der Anordnung des Mastes 7220/052B (Folgemaßnahme 14) berücksichtigt.

3 ÖKOKONTOMABNAHMEN WALLDORF

Die Stadt Walldorf setzt auf ihrer Gemarkung eine Ausweisung von Waldrefugien und Habitatbaumgruppen um, die dem Alt- und Totholzkonzept des Landesbetriebs entsprechen (Spang.Fischer.Natzschka GmbH, 2016). Durch die Umsetzung des genannten Konzepts sollen etwa 10 % des Stadtwaldes dauerhaft aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen werden. Geplant ist in diesem Zusammenhang die Einrichtung von sieben Waldrefugien innerhalb des knapp 500 ha umfassenden Stadtwaldes. Die Flächen sind in das kommunale Ökokonto der Stadt aufgenommen worden. Eines dieser Waldrefugien, Maßnahme Nr. 6: Waldrefugium Distr. 3 Dannhecker Wald, Abt. 1, liegt im Bereich der Anlage 7570 bei Mast 055. Im Zuge der Baumaßnahmen ist ein Eingriff in dieses Waldrefugium durch Arbeitsflächen erforderlich.

Im Rahmen der Zubeseilung und Auflage des Gleichstromkreises (Vorhaben) auf die Bestandsanlage 7570 sind im Bereich der genannten Maßnahme (Mast 7570/055) temporäre Flächeninanspruchnahmen und die Freimachung von Flächen für den Seilzug erforderlich. Die Arbeitsflächen sind in Register 3.3 Arbeitsflächenpläne Blatt 15 dargestellt. Die Eingriffe in diese Flächen sind im Rahmen der Eingriffsermittlung berücksichtigt und werden kompensiert. Für den Verlust der Ökopunkte werden im Landschaftspflegerischen Begleitplan entsprechende Ersatzflächen ausgewiesen, die in das Ökokonto der Gemeinde Walldorf übernommen werden können (siehe Register 11).

4 FLURNEUORDNUNG BEI PLANKSTADT

Das Flurneuordnungsverfahren Plankstadt wurde 1997 angeordnet, um die für die K4147 und der L543 benötigte Fläche sozialverträglich zur Verfügung zu stellen. 2001 wurde das Verfahren um die Baumaßnahme der B 535 erweitert und das Gebiet der Flurneuordnung hierauf angepasst. Im Jahr 2010 wurden einige neue Baugebiete aus dem Verfahren ausgeschlossen.

Die Planung der gemeinschaftlichen Anlagen, wie zum Beispiel neue Feldwege, wurde 2006 abgeschlossen. Ein erster Bauabschnitt zur Herstellung der Wege wurde 2009 beendet. Um die Werte aller Grundstücke im Verfahrensgebiet festzustellen, wurde 2011 die Wertermittlung durchgeführt. 2012 fanden die notwendigen Vermessungsarbeiten zum neuen Wege- und Gewässernetz und an der Gebietsgrenze statt. Bis 2016 wurde ein Zuteilungsentwurf aufgestellt. Die Vorläufige Besitzeinweisung fand Ende 2016 statt.

Im Flurneuordnungsgebiet wird die neue Anlage 7220 als Ersatzneubau für die Anlage 5220 neu errichtet. Hier kommt es vereinzelt zur Verschiebung der heutigen Maststandorte. Die Planung zum Vorhaben wurde im Rahmen der Flurneuordnung bereits berücksichtigt. Bestehende Dienstbarkeiten werden übertragen, als Ersatz begründet, oder neu begründet.

Die Rechtserwerbspläne Blätter 8 bis 11 (Register 8.3) zeigen die Situation vor Flurbereinigung, die Blätter 8 FB bis 11 FB nach Flurbereinigung.